

Offener Brief: Arlette Raxhon

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wende mich an Sie in der Hoffnung auf eine dringende und entscheidende Antwort bezüglich meiner beruflichen und finanziellen Zukunft. Mein Anliegen ist nicht nur für mich sondern auch für die von mir betreuten Kinder und ihre Eltern von großer Bedeutung. Ich bitte um Ihre Unterstützung bei der Lösung dieses Problems.

Seit 20 Jahren arbeite ich als anerkannte Tagesmutter für die Deutschsprachigen Gemeinschaft, genauer gesagt beim "Regionalzentrum für Kleinkinderbetreuung" (RZKB), das ab dem 1. Januar dieses Jahres durch das "Zentrum für Kleinkindbetreuung" (ZKB) ersetzt wurde.

Ich bin zweisprachig (Französisch-Deutsch) und habe meine Arbeit damit begonnen, Kinder in meinem damaligen Zuhause in Kelmis in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu betreuen. Da wir nicht in der Lage waren, von uns gewünschten Umbauten an unserem Haus vorzunehmen, haben mein Mann, meine vier Kinder und ich beschlossen, ein neues Haus zu bauen, das speziell für meine Arbeit als Tagesmutter geeignet ist.

Vor 18 Jahren sind wir daher in das benachbarte Dorf Moresnet/Plombières gezogen, nur etwa 1,5 km entfernt, um in einem großen, hellen Neubau mit einem ruhigen Garten und moderner Ausstattung zu leben. Die Qualität der Kinderbetreuung hängt nicht nur von der Tagesmutter ab, sondern auch von der Infrastruktur. Unser Haus wurde für die Betreuung von Kindern eingerichtet und bietet einen großen und hellen Spielbereich, einen kleinen Wickelraum, Fußbodenheizung und sechs Schlafzimmer, um jedes Kind getrennt schlafen zu lassen.

Derzeit betreue ich täglich sechs Kinder, von denen jedes seinen eigenen Schlafrythmus haben kann.

Obwohl ich vor 18 Jahren die Grenze zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Französischen Gemeinschaft überschritten habe, hat nie einer angemerkt, dass meine administrative Situation nicht in Ordnung sei. Alle Unterlagen wurden stets auf meine aktuelle Adresse ausgestellt: Rue Sier 7 in 4850 Moresnet-Chapelle. Es war für alle Beteiligten selbstverständlich, dass mein Zuhause auch mein Arbeitsplatz war.

Im Frühjahr 2023 wurde eine Situation bekannt, in der eine andere Tagesmutter, die ebenfalls in der Französischen Gemeinschaft wohnt und für die Deutschsprachige Gemeinschaft arbeitet, in einen Vorfall verwickelt war, bei dem es eine Kindeswohlgefährdung gab und der nun strafrechtlich verfolgt wird. Der besagten Tagesmutter wurde gekündigt, mit der Begründung, dass sie nicht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wohne. Dies führte dazu, dass die Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft begannen zu überprüfen, wie viele Tagesmütter in der Französischen Gemeinschaft arbeiten.

Es ist mir wichtig zu betonen, dass es in all den Jahren keine Probleme mit meiner Arbeit gab und alle Eltern stets zufrieden waren.

Zudem ist es allgemein bekannt, dass es einen Mangel an Plätzen und Personal in der Kleinkindbetreuung gibt.

Meine Vorgesetzte teilte mir Anfang März 2023 mit, dass ich aufgrund einer sprachlich-territorialen Zuständigkeitsfrage meinen Job als anerkannte Tagesmutter verlieren könnte.

Daraufhin habe ich verschiedene Stellen kontaktiert, um Informationen und Hilfe zu erhalten.

Am 15. März 2023 hatte ich ein persönliches Treffen mit Frau Ministerin Lydia Klinkenberg, der zuständigen Ministerin der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Frau Klinkenberg versicherte mir, dass sie eine Lösung finden wird und ich weiterhin als anerkannte Tagesmutter für die Deutschsprachige Gemeinschaft in meinem Wohnort in der Französischen Gemeinschaft arbeiten kann, bis eine Vereinbarung zwischen der DG und FG gefunden wird. Bereits im März mobilisierten sich die Eltern der von mir betreuten Kinder.

Die erste Inspektion in meinem Zuhause fand am 27. März 2023 statt und dauerte mehrere Stunden. Die Inspektorinnen überprüften jeden Schrank und jede Schublade. Es wurden einige kleinere Mängel festgestellt, die wir mit etwa 2000€ und viel Kreativität behoben haben. Der Bericht über die Inspektion wurde mir auf Nachfrage am 24. April 2023 über das RZKB zugestellt.

Am 30. Mai 2023 bat ich um eine weitere Inspektion, um sicherzustellen, dass alle Mängel behoben wurden. Am 21. Juni 2023 fand die zweite Inspektion statt, und der Bericht wurde mir am 17. August 2023 erneut auf Nachfrage über das RZKB zugestellt.

In den letzten 18 Jahren hat keine Inspektion stattgefunden. Es gab lediglich Besuche von Sozialassistenten. Meines Wissens haben keine vergleichbaren Inspektionen bei anderen Tagesmüttern stattgefunden.

Im November 2023 erhielt ich ein Vertragsangebot vom ZKB, welches ich unterschrieb und zurücksandte. Ich war erleichtert, dass offenbar eine Lösung gefunden wurde. Jedoch wurde mir nur zwei Tage später mitgeteilt, dass es sich um ein Versehen handelte.

Selbst am 6. Dezember 2023 erhielt ich keine klare Antwort vom Verwaltungsratspräsidenten des RZKB auf meine Nachfrage.

Am 21. Dezember 2023 erhielt ich die endgültige Kündigung vom Verwaltungsratspräsidenten. Ich erhalte weder Lohn noch Arbeitslosengeld. In meiner Kündigung wurde Nichtmals ein konkreter Kündigungsgrund angeführt. Es wurde darauf verwiesen, dass mir dieser bekannt sei. Diese Kündigung betrifft nicht nur mich, sondern auch die von mir betreuten Kinder und ihre Eltern, die nun vor einem Betreuungsproblem stehen.

Zusätzlich zur Kündigung erhielt ich ein Vertragsangebot für eine Co-Initiative in Kelmis, bei dem der Arbeitsort nicht einmal klar definiert war. Nach einem Besuch der Räumlichkeiten stellte ich fest,

dass meine eigenen Räumlichkeiten besser für die Betreuung der Kinder geeignet sind. Mein Haus bietet nicht nur mehr Platz, sondern verfügt auch über einen großzügigen Außenbereich, eine gemütliche Leseecke, eine gut ausgestattete Puppenecke und insgesamt sechs Schlafzimmer, wie ich zuvor bereits beschrieben habe. Dies ermöglicht es mir, den Kindern eine komfortable und sichere Umgebung für ihre Betreuung und Entwicklung zu bieten.

In der Zwischenzeit hatte ich Kontakt mit Abgeordneten aus dem Wallonischen Parlament und dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die alle bereit sind, mir zu helfen. Ich habe mich auch mit der Ombudsfrau der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgetauscht.

Am 31. Dezember 2023 teilte mir Frau Séverine Acerbis, Cheffe de la cellule Enfance, folgendes mit:

„(...) Nous avons connaissance de votre situation depuis plusieurs mois. Le cabinet de la ministre Klinkenberg nous a en effet alertés de la problématique.

En octobre dernier, en concertation avec l'O.N.E. et nos homologues germanophones, nous avons entamé une procédure visant à adopter un accord de coopération entre Communautés pour régulariser votre situation. Je vous épargne la complexité institutionnelle du dossier.

Nous avons eu plusieurs échanges avec le cabinet de la ministre Klinkenberg et votre administration, mais nous sommes toujours en attente de leur feu vert afin d'inscrire conjointement ce projet d'accord aux deux gouvernements. Je viens de faire une relance et j'espère que nous pourrions rapidement vous fournir des nouvelles rassurantes concernant la continuité de votre activité d'accueil de la petite enfance.

Pour la ministre Linard, chaque place d'accueil compte et elle porte une grande attention à ce qu'une solution durable puisse être trouvée à votre situation.(...)“

Am 4. Januar 2024 wurde mir seitens des Kabinetts Ministerpräsident Jeholet folgendes mitgeteilt:

„(...) Vérification faite auprès du cabinet de la Ministre Linard, il semble encore possible d'envisager un accord de coopération entre les communautés française et germanophone sans pour autant devoir le soumettre à l'assentiment législatif. C'est ce qui a été proposé au cabinet de la Ministre Klinkenberg. Le cabinet Linard a eu plusieurs échanges avec nos homologues germanophones mais malgré plusieurs relances, nous n'avons pas eu de feu vert de leur part pour inscrire conjointement le point à l'ordre du jour de nos gouvernements respectifs. Les contacts seront repris dans les prochains jours. Nous espérons que cette situation pourra se régler. (...)“

Am 12. Januar 2024 hatte ich ein Treffen in Brüssel mit einer Vertreterin des Kabinetts Linard und einem Vertreter der O.N.E. In diesem Gespräch wurde erneut betont, dass die Französische Gemeinschaft bereits im Oktober 2023 einen Vorschlag für eine Kooperationsvereinbarung zwischen den beiden Gemeinschaften unterbreitet hat, aber es an der Deutschsprachigen Gemeinschaft scheitert, sie noch immer auf „grünes“ Licht warten und die Vereinbarung unmittelbar unterzeichnet

werden könnte. Mir wurde versichert, dass ich nach Unterzeichnung direkt wieder meine Arbeit aufnehmen könnte.

Bei diesem Treffen wurde mir zudem mitgeteilt, dass die Französische Gemeinschaft nie mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Möglichkeit einer Anerkennung meiner Tätigkeit in der Wallonie aufgrund meiner Erfahrung und Anerkennung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gesprochen hat. Es ist jedoch für die O.N.E. nicht ohne weiteres möglich, mich ohne weiteres anzuerkennen, da ich nicht diplomiert bin und derzeit 6-8 Kinder betreue. Möglicherweise erfülle ich auch andere Standards nicht.

Es bleibt unverständlich, warum Frau Ministerin Klinkenberg sich gegen die Anerkennung meiner Tätigkeit sträubt, insbesondere angesichts der langjährigen Erfahrung und Zufriedenheit der Eltern mit meiner Betreuung.

Zusätzlich zu den bereits genannten Entwicklungen möchte ich darauf hinweisen, dass eine Petition gestartet wurde, um meine Situation zu unterstützen. Diese Petition hat derzeit 669 Unterschriften gesammelt und zeigt, dass viele Menschen meine Arbeit als Tagesmutter schätzen und sich für eine Lösung dieses Problems einsetzen.

Weder ich noch die Eltern und ihre Kinder sind für diese Situation verantwortlich. Meine Geschichte ist keine politische Spielerei. Es geht nicht nur um meine Zukunft, sondern auch um die frühkindliche Entwicklung von Kindern.

Ich wünsche mir, dass ich weiterhin in Moresnet als Tagesmutter meine 6 Kinder betreuen kann. Ich appelliere an die politischen Entscheidungsträger, eine Lösung für diese Situation zu finden und sicherzustellen, dass die Kinder, die ich betreue, nicht unter den bürokratischen Hürden leiden müssen. Die frühkindliche Bildung und Betreuung ist von großer Bedeutung für die Entwicklung unserer Gesellschaft und sollte nicht durch administrative Schwierigkeiten beeinträchtigt werden.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen,

Arlette Raxhon